

Festspielsommer ist gesichert

Heppenheim sagt Unterstützung zu, die Betreiber wegen trotz des mäßigen Vorverkaufs den Neustart

Von Johannes Breckner und Christopher Frank

HEPPENHEIM. Eric Swan würde sich wahrscheinlich keine Sorgen machen. Der Held der britischen Komödie „Cash“ versteht es, durch kreative Sozialbetrügereien an Geld zu kommen. Legal ist die Sache zwar nicht, aber sehr erfolgreich. Freilich auch mit Stress verbunden, denn eine Lüge zieht die nächste nach sich: Über diese temporeiche Farce wird das Publikum der Heppheimer Festspiele in diesem Sommer lachen können, „Cash“ hat am 22. Juli im Kurmainzer Amtshof Premiere. Die Saison ist gesichert, bestätigte Festspielchefin Iris Stromberger am Montag. Die Festspiele werden wie geplant mit Zuckmayers „Fröhlichem Weinberg“ am 15. Juli eröffnet, sie dauern bis 28. August.

Das klare Bekenntnis zum Festspielsommer beendet eine wochenlange Ungewissheit. Denn Iris und Ingo Stromberger, die mit ihrer gemeinnützigen Festspiel GmbH das 1974 von Hans Richter begründete Theaterfestival übernommen und damit seine Zukunft gerettet haben, agieren in Finanzfragen sehr viel seriöser als der Held ihrer zweiten Produktion. Ende vergangener Woche waren erst 1674 Karten für die insgesamt 43 Vorstellungen verkauft worden. Bei 320 Plätzen, die das Hoftheater mit seiner neuen, komfortableren Bestuhlung bietet, sind das immerhin mehr als zehn Prozent des Gesamtkontingents von fast 14000 Tickets. Aber entschieden zu wenig, um eine solide durchfinanzierte Saison zu planen. Das Geld muss ja nicht nur für die Probenhonorare reichen, sondern für alle 43 Vorstellungstermine. Die neuen Betreiber wissen, dass sie auch Risiko auf sich nehmen. Aber vor leeren Plätzen zu spielen, können sie sich nicht leisten. „Es geht ja

nicht nur ums Geld“, sagt Iris Stromberger, „sondern auch um die Stimmung im Ensemble.“

Aktuell geht es den Festspielen so wie den allermeisten Kulturveranstaltern. Nach zwei Jahren Coronapause ist das Publikum sehr zurückhaltend, was den Kauf von Karten angeht. Zumal dann, wenn man einen Theater- oder Konzertbesuch lange im Voraus planen soll. Im Mai und Juni wird der Verkauf boomen, hat der Heppheimer Bürgermeister Rainer Burelbach die Festspielbetreiber getröstet. Aber er hat es nicht bei schönen Worten bewenden lassen, sondern die Unterstützung der Stadt angekündigt: ein klares Signal, das Ingo Schöpp-Stromberger als Geschäftsführer der Festspiele gebraucht hat. Es hatte sich schon am Donnerstag angekündigt, als Burelbach in der Stadtverordnetenversammlung die Lage beschrieb: „Entweder man lässt es bleiben, das wäre dann aber wohl das endgültige Aus für die Festspiele“, sagte er, „oder wir bleiben dran und ziehen die Sache durch.“

Die Unterstützung dabei hat er im Gespräch am Freitag zugesagt. Denn sowohl Burelbach als auch die neuen Festspielbetreiber wissen: Je länger die Zwangspause dauert, desto höher werden die Hürden vor dem Neustart. Wenn nach zwei Corona-Jahren auch die dritte Spielzeit in Folge abgesagt wird, könnte das Theaterereignis ganz von der Bildfläche verschwinden. Umso gespannter blicken alle Beteiligten auf die Bauarbeiten im Kurmainzer Amtshof. Nach aktueller Schätzung dauern sie vier Wochen länger als geplant, die neue Bühne dürfte also erst knapp vor der Eröffnung zur Verfügung stehen. Heppheims Erste Stadträtin und Baudezernentin Christine Bender ist gleichwohl zuversichtlich: „Momentan sieht's noch gut aus.“

Heftiges Mobbing und Nazi-Bezüge

Schwere Vorwürfe gegen Beamte des Polizeipräsidiums Südhessen / Dort kursierten lange Zeit nur Gerüchte

Von Daniel Baczyk und André Heuwinkel

SÜDHESSEN. Verweise auf Adolf Hitler, bedenkliche Chats und Körperverletzungen unter Kollegen: Die Staatsanwaltschaft Darmstadt ermittelt gegen sechs Beamte des Polizeipräsidiums Südhessen, denen massives Fehlverhalten vorgeworfen wird. Dabei sollen auch rechtsextreme Inhalte geteilt worden sein, aber nicht ausschließlich.

Laut Staatsanwaltschaftssprecher Ansgar Martinsohn sind die 34 bis 48 Jahre alten Beamten, darunter eine Frau, in einem Sachgebiet innerhalb des Präsidiums beschäftigt und haben unterschiedliche Dienstgrade inne. Das Verfahren selbst gehe auf die Anzeigen dreier Kollegen zurück, die zwischen August 2019 und März 2020 von den sechs Beschuldigten während ihrer Dienstausübung mit üblen Nachreden und Beleidigungen überzogen worden sein sollen, von Mobbing ist die Rede. „Hierzu soll eine Chatgruppe betrieben worden sein, zu der nur ausgewählte Sachgebietsmitglieder Zugang gehabt haben sollen“, so Martinsohn.

Nach Agenturangaben ließen es die Verdächtigen nicht bei Verleumdungen bewenden, auch Fotografien mit Hitlerbärtchen in der Dienststube seien geteilt worden. Der Wohnsitz eines Beschuldigten sei als „Wolfsschanze“ in Anlehnung an das Führerhauptquartier bei Rastenburg bezeichnet worden. Ferner seien zwei der drei Anzeigenersteller bei Einsatztrainings erheblich verletzt worden, weshalb die Staatsanwaltschaft in einem Fall auch wegen unterlassener Hilfeleistung ermittelte.

Die Vorwürfe gegen die sechs Beamten des Polizeipräsidiums Südhessen waren im Januar 2021 erstmals laut geworden. Polizeibeamte hätten

dem Ansprechpartner der Polizei (AdP) damals „verschiedene Vorfälle“ gemeldet, teilt Präsidiumssprecherin Andrea Löb auf Anfrage mit. „Diese Vorfälle wurden unmittelbar beim zuständigen Hessischen Landeskriminalamt zur Anzeige gebracht und der Staatsanwaltschaft Darmstadt zur rechtlichen Würdigung vorgelegt.“

Während das LKA ermittelte und auch Durchsuchungen bei den Beschuldigten erfolgten, kursierten Informationen über die Vorfälle nur in Form von Gerüchten im Darmstädter Präsidium. Erst vor wenigen Wochen habe die Behördenleitung intern auf Personalebene informiert, erklärten am Montag auf Anfrage übereinstimmend die südhessischen Kreis- und Bezirksvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPOIG), Lars Maruhn, und der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Christian Richter. Eine Information der Behördenleitung an alle Beschäftigten gab es demnach bislang nicht.

Sowohl Maruhn als auch Richter zeigten sich gleichwohl zufrieden mit der Informationspolitik der Darmstäd-

ter Behördenleitung. Da das LKA in der Sache ermittle, habe die Spitze des Präsidiums um Polizeipräsident Bernhard Lammel selbst keine weiteren Kenntnisse gehabt. Man habe intern gewusst, „dass da etwas am Laufen ist“, sagt Richter. „Aus ermittlungstaktischen Gründen“ sei es aber nachvollziehbar, dass nicht weiter informiert wurde.

Nach Kenntnis der beiden Gewerkschaftsfunktionäre ging es in den fraglichen Chats in erster Linie um Mobbing, und zwar intern zwischen den Chatteilnehmern. Nur „unterschwellig“ sei nach seinem Wissen auch Rechtsextremismus im Spiel gewesen, sagt Maruhn. Die entsprechenden Botschaften seien älteren Datums. Klar sei aber, dass dies ein „No-Go“ sei: „Wenn es da jemanden gibt, der eine falsche Gesinnung hat, dann gehört der hier nicht rein.“

Die Vorfälle belasteten in jedem Fall das Miteinander im Kollegenkreis, erklärt Richter. „Mit völligem Unverständnis und Entsetzen“ hätten Kollegen auf die in der Presse bekannt gewordenen Vorwürfe reagiert. Ein mögliches Fehl-

verhalten müsse bestraft werden. Zunächst gelte allerdings die Unschuldsvermutung.

Die bisherigen Ermittlungen seien „von gegenseitigen Anschuldigungen unterschiedlicher Polizeibeamter geprägt“, erklärt Präsidiumssprecherin Löb. Die Staatsanwaltschaft Darmstadt habe einen gerichtlichen Durchsuchungsbeschluss gegen die Beschuldigten erwirkt. „Hierbei wurden unterschiedliche Beweismittel sichergestellt und ausgewertet. Hierzu zählt unter anderem ein Chat sowie unterschiedliche Bilddateien mit möglichem strafrechtlichem Hintergrund.“

Das Präsidium in Darmstadt hat nach Löbs Angaben Ende Februar dieses Jahres erstmals Einsicht in die Ermittlungsakten erhalten. Auf dieser Grundlage wurden insgesamt vier Disziplinarverfahren gegen Bedienstete eingeleitet. Drei Beschuldigte wurden von ihren bisherigen Funktionen entbunden. Der vierte Beamte ist wegen Krankheit über längere Zeit nicht im Dienst. Da in allen Fällen auch strafrechtliche Verfahren liefen, seien die Disziplinarverfahren derzeit ausgesetzt.

„Das Polizeipräsidium Südhessen wird Fehlverhalten unter Beachtung disziplinarrechtlicher Vorschriften ohne Einschränkungen und auch unabhängig von Strafbarkeitsgrenzen oder Disziplinar-schwellen klar benennen und alle dienstrechtlich gebotenen Maßnahmen ergreifen“, erklärt die Sprecherin.

Rechtsextreme und rassistische Vorfälle seien bei der Polizei in Hessen kein Einzelfall, sagt die Landtagsabgeordnete Heike Hofmann aus Weiterstadt. „Es ist nicht zu übersehen, dass die hessische Polizei ein Problem hat“, erklärt die innenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. „Und dieses Problem sind nicht nur die rechtsextremen

Mehrere Beamte des Polizeipräsidiums Südhessen (Foto unten) sollen sich massives Fehlverhalten geleistet haben. Die Anzeigen kamen aus dem Kollegenkreis. Foto/Archivfoto: Guido Schiek, dpa

Chatgruppen, sondern die vielen Fälle von Fehlverhalten.“ Hofmann fordert eine neue Fehler- und Führungskultur. Vielfach zeige sich bei der Polizei „eine Mentalität des gegenseitigen Absicherns“.

Kritisch merkt Hofmann auch an, dass erst kürzlich der Arbeitskreis Innenpolitik der SPD-Fraktion zu Gesprächen im Polizeipräsidium in Darmstadt war. Dabei seien die Ermittlungen wegen der Chatgruppe von der Behördenleitung nicht erwähnt worden.

Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion Alexander Bauer, zugleich Bergstraße Landtagsabgeordneter, verurteilt gegenüber dieser Zeitung das Fehlverhalten scharf. „Jede Form des Extremismus muss aufgeklärt werden“, sagt Bauer. „Wer nicht für den Polizeidienst geeignet ist, muss im schlimmsten Fall eben aussortiert werden.“ Der Christdemokrat setzt auf die „Selbstreinigung innerhalb der Polizei“, verwarft sich aber gegen Vorwürfe anderer Fraktionen, dass es sich um ein systemisches Problem handele oder Innenminister Peter Beuth (CDU) halbherzig vorgehe.

„Jeder Stein wird umgedreht“, bedeutet Bauer und hebt den Bericht der Expertenkommission vom Juni 2021 hervor, der die Rolle der Polizei in einer pluralistischen Gesellschaft beleuchtet. „Die Bürgerinnen und Bürger haben auf eine Polizei, die ein Vorbild ist, einen Anspruch.“ Fehlverhalten einzelner – Hessen hat rund 18000 Vollzugsbeamte – könnten gänzlich nicht ausgeschlossen werden.



Noch eine Baustelle, bis zum Festspielsommer soll aber alles fertig sein im Heppheimer Amtshof. Foto: Dagmar Jähling



CORONA-FALLZAHLEN			
Aktuelle Covid-19-Fälle und Sieben-Tage-Inzidenz		Hospitalisierung Hessen	
Landkreis/Stadt	Fälle**	Inzidenz*	Hospitalisierungsinzidenz* aktuell:
Stadt Darmstadt	91	967,5	5,88
LK Da.-Dieburg	296	1094,4	6,32
LK Groß-Gerau	0	816,5	Zahl der mit Covid-19-Patienten belegten Intensivbetten
LK Bergstraße	299	1359,7	aktuell hessenweit: 172
Odenwaldkreis	5	1190,6	in der Vorwoche: 167
			Zahl der mit Covid-19-Patienten belegten Normalbetten
			aktuell hessenweit: 1209
			in der Vorwoche: 1378

(*auf 100.000 Einwohner)
(**am Tag neu gemeldete Fälle pro Kreis)

Stand: 11.4.; Quelle: Hessisches Sozialministerium; Bearbeitung: vrm

